№ 621
A 337

Morgen-Ausgabe.

Berlin

Sonnabend, 6. Dezember 1919

15 Pfennig

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährl. 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33⅓% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Wilson nicht mehr regierungsfähig?

Der Präsident und die mexikanische Frage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 5. Dezember.

Seit dem 1. Dezember, dem Beginn der neuen amerikanischen Kongreß-Session, beschäftigt sich der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit der mexikanischen Frage. Der Ausschuß hat einen Unterausschuß, an dessen Spitze der Senator Fall steht, mit der Prüfung dieser Angelegenheit betraut, und dieser Unterausschuß hat den Beschluß gefaßt, dem Kongreß den Abbruch der Beziehungen mit Mexiko vorzuschlagen. Der Senatsausschuß hat sich täglich bemüht, mit dem Präsidenten Wilson in Fühlung zu treten und ihn zu einer Willensmeinung in dieser Angelegenheit zu veranlassen. Da diese Bemühungen vergeblich waren, hat der Ausschuß gestern, nachdem er den ganzen Tag über sich mit der mexikanischen Frage befaßt hatte, mit dem Staatssekretär Lansing konferiert, und es wurde beschlossen, nochmals den Versuch zu machen, sich mit Wilson in Verbindung zu setzen.

Die „Washington Post“, ein verbreitetes und angesehenes Blatt, macht in einer Besprechung dieser Beratungen aufsehenerregende Mitteilungen. Das Blatt wirft zunächst die Frage auf, ob Wilson eigentlich imstande sei, angesichts seines Gesundheitszustandes die ihm von der Verfassung übertragenen Machtvollkommenheiten auszuüben; und die Kriegserklärung gehört verfassungsmäßig zu den Vorrechten des Präsidenten. Dem Kongreß, fährt das Blatt fort, sei die Möglichkeit eines Krieges mit Mexiko sehr unangenehm; umso weniger dürfe einem kranken Präsidenten die Entscheidung über Krieg oder Frieden überlassen werden. Und nun bringt das Blatt die sensationelle Nachricht, Senator Lodge, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, habe dem offiziellen Protokoll über die Ausschußberatungen einen Brief des Mr. Tumulty, des Sekretärs Wilsons, beigefügt, der besage, daß Wilson nicht mehr imstande sei, seine Pflicht zu erfüllen.

Zu Beginn einer jeden Ausschußsitzung habe, dem erwähnten Beschlusse gemäß, eine aus Mitgliedern beider Häuser bestehende Abordnung beim Präsidenten Wilson im Weißen Hause vorgesprochen, um ihm mitzuteilen, daß der versammelte Kongreß ihn um eine Spezialbotschaft über die mexikanische Angelegenheit bitte. Da diese Abordnung wußte, daß es unmöglich sein würde, den Präsidenten persönlich zu sehen, habe sie ihm eine geschriebene Erklärung mit der erwähnten Bitte geschickt und darauf, anstatt der erbetenen Botschaft lediglich eine von seinem Sekretär ausgestellte Empfangsbestätigung und die schon erwähnte Erklärung über das Unvermögen Wilsons, Staatsgeschäfte vorzunehmen, erhalten.

Diese Art der Erledigung des Ersuchens des Ausschusses rief in Washington große Aufregung hervor, da sie gegen den feststehenden Gebrauch ist, der verlangt, daß der Präsident eine von ihm selbst unterschriebene Antwort sende. Dieses sei das erste Mal, daß Mitglieder des Kongresses so behandelt worden seien, und unter gewöhnlichen Umständen hätte der Kongreß sich beleidigt gefühlt. Aber jetzt sagen die Gegner Wilsons, das Geschehene sei ein Beweis dafür, wie krank der Präsident sei.

Es laufen auch wieder allerlei Gerüchte über die Art der Krankheit des Präsidenten um, zumal weder jemand vom Kabinett noch sonst eine hochgestellte Persönlichkeit den Präsidenten gesehen hat oder eine Instruktion von ihm persönlich empfängt. Die Aufregung im Kongreß ist so heftig, wie man es bisher nur bei sehr wichtigen und ernsten Gelegenheiten beobachtet hat. Neben den Gerüchten über den Ernst des Gesundheitszustandes Wilsons hört man in Washinton aber auch die Voraussetzung äußern, es handle sich in Wirklichkeit nur um eine Kriegslist des Präsidenten, der sich der Verantwortung für eine neue Kriegserklärung entziehen wolle.

Amsterdam, 5. Dezember. (W. T. B.)

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einen Antrag eingebracht, in dem der Kriegszustand mit Deutschland für beendigt erklärt wird.

Die republikanischen Mitglieder des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten haben sich damit einverstanden erklärt, daß der Plan, eine gemeinsame Entschließung beider Häuser des Kongresses durchzubringen, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, bis zur Entscheidung in der mexikanischen Frage hinausgeschoben wird. Es soll abgewartet werden, bis die Entschließung des Senators Fall, in der der Präsident ersucht wird, Carranza die Anerkennung zu versagen und alle diplomatischen Beziehungen mit der mexikanischen Regierung abzubrechen, dem Senatsausschuß überwiesen worden ist.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Groß-Berlin.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Die preußische Staatsregierung hat gestern folgenden Beschluß gefaßt:

Der durch Verordnung des preußischen Staatsministeriums vom 3. März d. J. für den Landespolizeibezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Nieder-Barnim erklärte Belagerungszustand wird hierdurch aufgehoben.

Berlin, 5. Dezember 1919.

Die preußische Staatsregierung.

Hirsch. Fischbeck. Braun. Haenisch. Dr. Südekum. Heine. Am Zehnhoff. Oeser. Stegerwald.

*

Wie wir hören, ist die Initiative zur Aufhebung des Belagerungszustandes von der Reichsregierung ausgegangen. Das preußische Kabinett hat im Gegensatz zu ihm mit allen gegen eine Stimme die Aufhebung widerraten. Trotzdem hat das Reichskabinett an seinem Beschluß festgehalten und die preußische Regierung hat nunmehr diesen Beschluß zur Ausführung gebracht. Uebrigens handelt es sich bei der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht nur um politische Dinge. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1851 hat vielmehr das Oberkommando z. B. das Spielklubverbot erlassen. Auch das Vorgehen gegen den wilden Straßenhandel, gegen verhetzende Flugblätter usw. war teilweise auf die Befugnisse begründet, die der Belagerungszustand verlieh.

Fristverlängerung für die deutsche Antwort.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 5. Dezember. (W. T. B.)

Nach einer Meldung des Presse-Büros Radio hat der Oberste Rat in Paris der deutschen Regierung für die Antwort auf die Bedingungen der Alliierten eine Verlängerung der Frist von 6 Tagen bis zum 8. Dezember zugestanden.

Die neuen Randstaatenverhandlungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

lw Kopenhagen, 5. Dezember.

Zu den Verhandlungen in Dorpat mit den baltischen Staaten ist eine bolschewistische Kommission, bestehend aus etwa 25 Personen, eingetroffen. Karl Radek wird am Sonnabend oder Sonntag erwartet. Ebenso will Litwinow nach seiner Rückkehr aus Kopenhagen an den Besprechungen teilnehmen. Die Auswechslung von Geiseln hat bereits ihren Anfang genommen, bevor die Parteien in Verhandlungen getreten sind.

Das Loch im Beutel.

Von

Georg Bernhard.

Der erste Tag der Debatte über die neuen Finanzgesetze brachte gestern nur Redner der Regierungsparteien auf die Tribüne der Nationalversammlung. Es war begreiflich, daß ihre Kritik in der Molltonart erklang, auch wenn sie in Einzelheiten sich ziemlich radikal gebärdete, wie das namentlich verschiedentlich in der Rede des Mehrheitssozialisten Keil der Fall war. Den Sozialdemokraten ist die Besteuerung von Einkommen, Ertrag und Vermögen zu kapitalistenfreundlich, den Demokraten, für die Dr. Dernburg sprach, berücksichtigt sie zu wenig die sozialwirtschaftliche Notwendigkeit des privaten Kapitalismus. Beide haben von ihrem Standpunkt aus recht, aber beide finden sich nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, mit der Lage ab, in der sich das Reich und die Einzelländer augenblicklich nach dem verlorenen Kriege befinden. Dabei hat wenigstens die demokratische Kritik noch äußerlich einen gewissen aktiven Anstrich. Denn aktive Finanzpolitik kann man nach Lage der Dinge nur diejenige nennen, die sich vollkommen klar darüber ist, daß Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik enger als je verschwistert sind. Das Reich darf keine fiskalische Politik mehr treiben, die einfach von dem nimmt, was vorhanden ist, sondern es muß mit Vorbedacht Kräfte entfesseln und stärken, um aus ihrem Wirken Steuermaterien entstehen zu lassen. Nach der wirtschaftspolitischen Auffassung jenes Teiles der Demokraten, dem der Abgeordnete Dernburg besonders nahesteht, ist der Wiederaufbau der Wirtschaft nur möglich durch ein möglichst ungehemmtes Spiel der Kräfte, durch die lediglich auf sich selbst gestellte kapitalistische Weiterentwicklung, und deshalb ist seine Kritik an den Finanzgesetzen, die Einkommen und Kapital stark belasten, in seinem Sinne aufbauend und mitschaffend. Daß, so wie er und seine Freunde es sich vorstellen, die Schwierigkeiten des Wiederaufbauens niemals zu überwinden sein werden, steht auf einem anderen Blatt.

Die sozialdemokratische Kritik beschäftigt sich mit dem Kern des Finanzbeschaffungsproblems im neuen Deutschland überhaupt nicht. Es bedeutete gestern schon einen nicht unerheblichen Fortschritt, daß der Abgeordnete Keil als Auffassung seiner Partei verkünden konnte, sie unterscheide nicht mehr zwischen direkten und indirekten Steuern, weil es sich bei diesen Steuerarten ja nur um einen Unterschied in der Erhebungsform handele. Es ist noch nicht sehr lange her, daß jeder gute Sozialdemokrat gemäß seinem Parteiprogramm vom Gruseln befallen werden mußte, wenn von indirekten Steuern auch nur gesprochen wurde. Aber sehr tiefgehend ist die Wandlung der Sozialdemokratie in der Steuerfrage nicht. Denn ihr Widerstand gegen die indirekten Steuern erklärte sich letzten Endes doch wesentlich daraus, daß sie darin eine ungerechte Belastung der großen Massen sahen. Und diese Furcht vor der angeblich ungerechten Besteuerung der kleinen Einkommen, ja selbst der kleinen Kapitalisten, ist dem Sozialdemokraten geblieben. So richtete gestern der Redner der Sozialdemokraten seine Kritik wesentlich dagegen, daß das steuerfreie Existenzminimum bei der Einkommensteuer nur 1000 Mark betrage, und daß auf die Kinderzahl nicht genügend Rücksicht genommen sei. Sicher ist vom sozialpolitischen und auch vom bevölkerungspolitischen Standpunkte diese Kritik prinzipiell und theoretisch berechtigt. Ist bei der Miquelschen Steuerreform in Preußen im Jahre 1890 das steuerfreie Existenzminimum bereits mit Mark 900.— angenommen worden, so bedeutet das jetzt vorgesehene steuerfreie Minimum von Mk. 1000.— eher einen Rückschritt in der steuerlichen Freistellung der kleinen Einkommen. Aber der Abgeordnete Keil, der auf den sozialdemokratischen Parteitagen seit langem das Steuerreferat hat, ist ein sehr guter Kenner aller Steuermaterien. Er weiß doch so gut wie nur irgend einer, ein wie erheblicher Teil der Einkommensteuern gerade aus der Besteuerung der kleinen Einkommen stammt. Wollte man das Existenzminimum den augenblicklichen Zeitverhältnissen angemessen festsetzen, so müßte man mindestens Mk. 3000.— Einkommen freilassen. Dann aber würde der Ertrag, den der Reichsfinanzminister erzielen will, aufs ernsteste gefährdet sein.

Dabei braucht das Reich jede Million, die herausgeholt werden kann. Denn alle Wortgewandtheit, die der Reichsfinanzminister in seiner letzten Rede entwickelt hat, hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß er das bedenkliche Loch im Reichsbeutel mit seinen Steuerkünsten nicht zu stopfen vermag. Gerade an dieser Tatsache aber gingen sämtliche Redner vorüber, niemand prüfte die Echtheit seiner Be-